VR-05-128-2 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Tobias Rödel (KV Hagen)

Änderungsantrag zu VR-05

Nach Zeile 128 einfügen:

- eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der öffentlichen Wirtschaftsförderung: Kommunen und Länder sollen bei Vergabe und Förderung neben Preis und Qualität auch soziale und ökologische Kriterien verbindlich berücksichtigen. Unternehmen, die Tarifbindung praktizieren, Mitbestimmung leben, Klimaschutz umsetzen und lokale Wertschöpfung stärken, erhalten konkrete Vorteile: progressive Gewerbesteuer-Ermäßigungen für gemeinwohlorientierte Betriebe, kostenlose Transformationsberatung und beschleunigte Genehmigungsverfahren. So entsteht ein Anreizsystem, das Wettbewerbsfähigkeit mit gesellschaftlicher Verantwortung verbindet – und den Strukturwandel dort unterstützt, wo er stattfindet: in den Regionen.

Begründung

Der Antrag fordert zu Recht, dass "Ökologie und Soziales immer zusammen gedacht werden" und der Wandel "sozial flankiert" wird. Diese Ergänzung macht diesen Anspruch konkret umsetzbar – dort, wo Grüne oft mitregieren: auf kommunaler und Landesebene.

Gemeinwohlorientierte Wirtschaftsförderung schafft Anreize statt Verbote: Unternehmen, die bereits heute Tarifbindung praktizieren, Mitbestimmung leben und Klimaschutz umsetzen, werden durch progressive Gewerbesteuer-Ermäßigungen, kostenlose Beratung und schnellere Genehmigungen belohnt. Das ist ordnungspolitisch klug – Kommunen haben diese Instrumente bereits, nutzen sie aber nicht systematisch für den sozial-ökologischen Wandel.

Praxisbeispiele zeigen: Es funktioniert. Städte wie Kirchanschöring, Stuttgart und Mannheim nutzen bereits gemeinwohlorientierte Vergabekriterien. Die Ergebnisse: lokale Wertschöpfung steigt, CO_2-Emissionen sinken, und Arbeitsplätze bleiben in der Region. Gleichzeitig profitieren Kommunen von stabilen Unternehmen statt kurzfristigen Billiganbietern.

Die Ergänzung verbindet alle Kapitel des Antrags: Sie setzt die Forderungen aus Kapitel 3 (Mitbestimmung, Tarifbindung) wirtschaftspolitisch um, stärkt die regionale Gerechtigkeit aus Kapitel 5 und nutzt die in Kapitel 4 geforderten Steuerinstrumente sinnvoll. Der Strukturwandel wird so zum Standortvorteil – für Beschäftigte, Unternehmen und Kommunen gleichermaßen.

weitere Antragsteller*innen

Michael Münzel (KV Hagen); Katinka Baldus (KV Hagen); Sabrina Buurmann (KV Köln); Christoph Butenschön (KV Hagen); Lucas Lerch (KV Hagen); Martina Dahm (KV Hagen); Sabine Klose (KV Hagen); Hildegund Kingreen (KV Hagen); Susanne Emmerich (KV Hagen); Marco Saleik (KV Solingen); Stefan Meister (KV Hagen); Andreas Duck (KV Solingen); Marcus Berends (KV Hagen); Iris Michelmann (KV Solingen); Matthias Meisborn (KV Hagen); Barbara Thormählen (KV Hagen); Rainer Preuß (KV Hagen); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Werner Beermann (KV Hagen); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.